

Gemeinsame Erklärung

zum Treffen der deutschsprachigen Sozial- und Gesundheitsministerinnen und -minister am 6. und 7. Oktober 2025, Brienz

Wir, die Sozial- und Gesundheitsministerinnen und -minister der Bundesrepublik Deutschland, des Fürstentums Liechtenstein, des Grossherzogtums Luxemburg, der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, sind am 6. und 7. Oktober 2025 in Brienz (Schweiz) zusammengetroffen, um aktuelle sozial- und gesundheitspolitische Herausforderungen unserer Staaten zu diskutieren. Unsere historischen, kulturellen und sprachlichen Verbindungen bilden auch künftig eine hervorragende Grundlage für eine erfolgreiche und partnerschaftliche Zusammenarbeit.

Wir sehen uns in den Sozial- und Gesundheitssystemen weiterhin mit vergleichbaren strukturellen, demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen konfrontiert. Diese erfordern koordiniertes, vorausschauendes Handeln – und dabei spielt der grenzüberschreitende Austausch im Rahmen des Treffens der Sozial- und Gesundheitsministerinnen und -minister eine zentrale Rolle.

Beim diesjährigen Treffen haben wir uns zu folgenden Schwerpunktthemen ausgetauscht:

Rentenalter: Die Altersvorsorge steht in all unseren Staaten vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des Eintritts der Babyboomer-Generation in die Rente vor grossen Herausforderungen. In diesem Jahr haben wir uns mit Alternativen zur reinen Anhebung des Rentenalters befasst und haben Meinungen und Erfahrungen zu Fragen wie der Berücksichtigung der Arbeitsbelastung bei der Festlegung des Rentenalters oder dem Einfluss der Lebenserwartung auf das Rentenalter ausgetauscht. Wir haben Massnahmen zur Erhöhung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diskutiert und uns insbesondere auch darüber ausgetauscht und geprüft, wie durch mehr Flexibilität im Rentensystem Anreize geschaffen werden können, länger erwerbstätig zu bleiben, ohne dabei das gesetzliche Referenzalter des Renteneintritts in Frage zu stellen.

Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Wir erkennen an, dass die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen entscheidende Auswirkungen auf ihr Wohlbefinden, ihre Teilhabe an Bildung und Ausbildung sowie ihren Erfolg darin, ihre berufliche Entwicklung und ihre gesellschaftliche Teilhabe hat. Umgekehrt beeinflussen die Teilhabe an Bildung, Ausbildung und Gesellschaft die psychische Gesundheit. Eine gute psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist zudem von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, da sie die soziale Kohäsion stärkt, die Innovationskraft fördert und die Zukunftsfähigkeit unserer Staaten mitprägt. Zugleich ist sie eine der drängendsten Herausforderungen für unsere Gesundheits- und Sozialsysteme. Wir betrachten die Förderung und den Schutz psychischer Gesundheit von jungen Menschen als eine wichtige politische Querschnittsaufgabe («Mental Health in all Policies»), die koordiniertes Handeln, klare Zielsetzungen und entsprechende Ressourcen erfordert. Dabei gilt es, psychische Belastungen und Erkrankungen nicht nur kurativ, sondern in erster Linie auch präventiv anzugehen, indem wir relevante Einflussfaktoren besser verstehen, strukturelle Rahmenbedingungen verbessern sowie gezielte Gegenmassnahmen entwickeln, die nachhaltig wirken und sozioökonomisch benachteiligte Gruppen berücksichtigen.

Um langfristige negative gesundheitliche und soziale Folgen zu verringern, unterstreichen wir die Bedeutung einer frühzeitigen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Beeinträchtigungen. Dabei spielen sowohl die Prävention durch die Verringerung von Risikofaktoren als auch die frühe Erkennung und die frühzeitige Behandlung sowie Massnahmen zur Förderung der gesellschaftlichen und beruflichen Teilhabe eine zentrale Rolle.

Medizinische Grundversorgung: Wir vertreten die Auffassung, dass eine starke medizinische Grundversorgung das Rückgrat unserer Gesundheitssysteme bildet – von der Prävention über die Behandlung bis hin zur Rehabilitation und der Begleitung am Lebensende. Wir betrachten die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, für alle zugänglichen und kontinuierlichen Grundversorgung als eine bereichsübergreifende politische Aufgabe, die klare Ziele, eine enge Koordinierung der beteiligten Akteurinnen und Akteure und nicht zuletzt ausreichender Ressourcen bedarf. Dabei gilt es, die medizinische Grundversorgung vorausschauend weiterzuentwickeln, indem wir zentrale Herausforderungen wie den demografischen Wandel, die Zunahme chronischer Erkrankungen und den Fachkräftemangel mit nachhaltigen Lösungen angehen.

Um unsere Gesundheitssysteme auch in Zukunft im Sinne einer stabilen und menschnahen Grundversorgung zu gestalten, ist der Fokus auf folgende Aspekte zu legen: die Förderung innovativer Versorgungsmodelle unter Einbezug interprofessioneller Teams, die gezielte Nutzung digitaler Technologien, die Weiterentwicklung von Berufsprofilen, etwa durch die Erweiterung bestehender Aufgabenbereiche, sowie umfassende Strategien zur Fachkräftesicherung und -bindung.

In dem Bewusstsein unserer gemeinsamen Verantwortung und auf Grundlage unserer konstruktiven Gespräche haben wir uns auf die folgenden Schritte verständigt:

- Wir beabsichtigen, den fachlichen Dialog weiter zu vertiefen, um gemeinsam realistische Ansätze zu prüfen, die zu einer nachhaltigen und gerechten Finanzierung unserer Rentensysteme beitragen können. Besonderes Augenmerk soll dabei auf jene Gruppen gelegt werden, die besonderen Belastungen im Arbeitsleben ausgesetzt sind.
- Mit Blick auf eine nachhaltige Stärkung unserer Sozial- und Gesundheitssysteme wollen wir gemeinsam die Prävention und Gesundheitsförderung in Bezug auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen voranbringen. Dabei sind auch die Beratung und Unterstützung der Eltern bzw. Betreuungs- und Bezugspersonen der betroffenen Kinder und Jugendlichen in den Blick zu nehmen. Hierzu wollen wir einen vertieften fachlichen Austausch zu Ursachen- und Wirkungsforschung etablieren sowie Best-Practice-Ansätze zur Begleitung und beruflichen Eingliederung miteinander teilen.
- Um die medizinische Grundversorgung in unseren Staaten auszubauen und weiterzuentwickeln, beabsichtigen wir, unsere fachlichen Diskussionen zu innovativen Versorgungsmodellen und in der Praxis erprobte Ansätze zu intensivieren.

Wir freuen uns auf die Fortsetzung des Austausches und der erfolgreichen Zusammenarbeit der Sozial- und Gesundheitsministerinnen und -minister der deutschsprachigen Staaten sowie auf unser Treffen im Jahr 2026 in Luxemburg.

Brienz, 6. Oktober 2025

Für Deutschland

Bundesministerin für Gesundheit

Frau Nina Warken

**Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und
Soziales**

Frau Katja Mast

Für Liechtenstein

Regierungsrat, Ministerium für Gesellschaft und Justiz

Herr Emanuel Schädler

Für Luxemburg

Ministerin für Gesundheit und Soziale Sicherheit

Frau Martine Deprez

Für Österreich

**Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Pflege und Konsumentenschutz**

Frau Korinna Schumann

Für die Schweiz

Bundesrätin, Eidgenössisches Departement des Innern

Frau Elisabeth Baume-Schneider